



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhauß pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anzeigengebühren für den Raum einer sechszeiligen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 160. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 4. April 1878.

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen. 28. Sitzung vom 3. April.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann und mehrere Commissarien.

Ein Schreiben des Abg. Strudmann zeigt dessen Ernennung zum Oberverwaltungsgerichtsrath an, mit welcher Stellung seiner früheren, als Obertribunalsrath, gegenüber weber Gehalts- noch Rangeshöhung verbunden ist. Das Schreiben geht an die Geschäftsordnungscommission.

Die Beratung mehrerer Petitionen, betr. die Verlesung der Städte Hirschberg i. Schl., Camen, Emmerich und Neufahrwasser in eine höhere Serbistat, wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, nachdem auf eine Anfrage Stephan's Präsident Hofmann erklärt hat, daß noch in dieser Session das Gesetz, betreffend die Revision des Serbistat's vorgelegt werden sollte.

Ferner steht zur Beratung eine auf die Reform der Brauntweinsteuererhebung bezügliche Petition des Hauptbörsebesitzer des preussischen Brennereiverbundes zu Lausow, die bei der bevorstehenden Reform der Brauntweinsteuererhebung in Aussicht genommene Fabriksteuer nicht zu genehmigen, sondern die Raumsteuer beizubehalten und solche unter Anbringung eines Maßstabs in so präcise Formen zu bringen, daß jegliche Ausdehnung bezw. Uebersetzung unmöglich wird. — Die Commission beantragt, die Petition dem Reichstagsrat zur Erwägung und eventuellen Berücksichtigung, Grumbrecht dagegen, sie dem Reichstagsrat nur zur Kenntnissnahme zu überweisen.

Referent Graf Frankenberg: Die Petenten weisen auf die großen Erschwerungen im Betriebe hin, welche bei Annahme der Fabriksteuer den Brennereibesitzern erwachsen würden und allenthalben regt sich im Lande eine starke Agitation gegen die Abschaffung der Raumsteuer. Ich kann nur bitte, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Grumbrecht warnt davor, gelegentlich der Beschlußfassung über eine Petition der so wichtigen Frage, ob Fabrik- oder Raumsteuer zu präjudiciren, was mit der Ueberweisung der Petition an den Reichstagsrat zur Erwägung und eventuellen Berücksichtigung geschehen würde; denn dadurch würde man von vornherein gegen die Fabriksteuer Stellung nehmen. Eine Fortdauer der Raumsteuer habe aber das Bedenken, daß der Staat bei der Zahlung der Exportbonification denjenigen Fabrikanten, die aus der Maische erheblich mehr als 8 Procent Spiritus ziehen, eine Exportprämie gewähre. Jedenfalls könne Niemand leugnen, daß mit den Fortschritten der Technik, die eine größere Ausbeute ermöglichen, die Steuer geringer werde, wenn der Maßraum zum Maßstabe genommen werde.

Abg. Udden: Schon im norddeutschen Reichstage wurde ein Antrag Kardorff angenommen, der ziemlich dasselbe besagte, was die vorliegende Petition anregt: den Bundesrath anzufragen, mit dem neu erfundenen cubirten Maßmaße genaue und eingehende Versuche vorzunehmen und feststellen zu lassen, inwiefern derselbe als Grundlage für die supplementäre Kontrolle der Fabriksteuer und für die Erhebung der Maßraumsteuer diene und eventuell über dessen Einführung dem Reichstage eine Vorlage zu machen. Seitens des Bundesraths wurde hierauf erklärt, daß ein solcher Apparat bereits versuchsweise in einer ohrpreussischen Brennerei aufgestellt sei und nach den Berichten der Steuerbehörde sich bewähre. Der Vertreter des Bundesraths hielt den Apparat für nützlich sowohl für die Brennereibesitzer als auch für den Staat und machte nur das Bedenken geltend, daß durch den Apparat nur die reife Maische kontrollirt werden könne, daß aber bei der bestehenden Maßraumsteuer der Steigraum mit bemessen werde, so daß sich die Steuer auf Grund des neuen Apparats um $\frac{1}{10}$ des Ertrags vermindern werde. Man könnte aber dadurch abgeholfen werden, daß die Brennereibesitzer gestatten, daß um diesen näher festzustellenden Procentatz die Maßraumsteuer erhöht wird. Auch für die Brennereibesitzer ist dieser Glaser'sche Controlapparat von Nutzen, da er auch Unregelmäßigkeiten und Defraudationen der Unterbeamten kontrollirt. Dem Antrag Grumbrecht bitte ich nicht zuzustimmen, da die Petition nur dahin geht, daß eine Controlerleichterung der bestehenden Maßraumsteuer eingeführt werde.

Abg. v. Kardorff: Der Glaser'sche Apparat soll sowohl für den Fall der Einführung der Fabriksteuer, als auch für die bestehende Maßraumsteuer beibehalten werden. Auch im ersten Fall würde er als Neben-Controllapparat neben anderen Controllapparaten vielleicht sehr gute Dienste leisten. Wir können also den Antrag der Commission sehr wohl annehmen, ohne der Frage, ob Fabrik- oder Raumsteuer, dadurch zu präjudiciren. Herr Grumbrecht irrt bezüglich des Grundes, aus welchem die Brennerei, resp. die Abzucker-Fabrikbesitzer an der Raumsteuer festhalten. Er meint, daß die auf den Raum, nicht auf das Fabrikat gelegte Steuer sich naturgemäß durch die Exportprämie vermindere. Darauf gebe ich ihm bezüglich der Maßraumsteuer nur das Eine zu: erwidern: ein Theil unserer Brennereien, die sehr gut geleitet werden, gewährt eine höhere Ausbeute, als das Gesetz annimmt, nämlich mehr als 8 $\frac{1}{2}$ Procent. Aber im Durchschnitt wird den Brennereien, wie sie sind, eine Exportprämie nicht gewährt. Den sehr gut geleiteten Brennereien, die eine größere Ausbeute gewähren, sind gegenüberzustellen alle jene Brennereien, welche gleichzeitig Preßhefe mitbereiten, und das sind sehr große und gewaltige Brennereien. Diese können überhaupt nur 5 Procent ziehen, wenn sie gleichzeitig Preßhefe fabriciren. Ferner sind in Abzug zu bringen die großen landwirthschaftlichen Brennereien, welche lediglich zu dem Zwecke betrieben werden, um möglichst viel Schlempe zu liefern. Mein verehrter Freund (Dieke) führt eine solche; er baut keine schwer zu behandelnde Kartoffel, sondern nur eine solche, welche eine große Ausbeute gewährt und er zieht in seiner Brennerei gewiß nicht mehr, als den vom Gesetz zu Grunde gelegten Satz. Ferner sind die nicht gut geleiteten und die kleinen Brennereien in Abzug zu bringen, die auch nicht mehr ziehen; endlich alle Betriebsstörungen, Unglücksfälle und die bedeutenden auf Schwund und Vedage zu legenden Procentätze. Rechnet man das alles zusammen, so muß man sagen, daß im Durchschnitt eine Exportprämie nicht bezahlt wird. Es ist also nicht richtig, daß eine Vorliebe für die Maßraumsteuer besteht.

Abg. Richter (Hagen): Nach den übereinstimmenden Erklärungen der Redner dieses Hauses steht fest, daß man der Frage, ob Fabrik- oder Raumsteuer, nicht präjudiciren will. (Sehr richtig.) Es ist ja auch bedenklich, eine so schwierige Frage, bei der so viele wirthschaftliche und technische Gesichtspunkte zu erörtern sind, auf Grund eines mündlichen Berichtes, veranlaßt durch eine einzelne Petition, zu entscheiden, während der Bundesrath auf den Antrag von Meilenburg eine diesbezügliche Gesetzesvorlage ausarbeitet. Der Antrag der Commission steht aber in directem Widerspruch mit dem ausgesprochenen Willen des Hauses. Unter diesen Verhältnissen kann ich nur bitten, dem Antrag Grumbrecht zuzustimmen.

Auch Abg. v. Lenthe erkennt in dem Antrage der Commission eine vorzeitige Entscheidung der Frage, ob Fabrik- oder Raumsteuer, constatirt aber, daß innerhalb des deutschen Landwirthschaftsraaths die erstere eine sympathische Beurtheilung gefunden hat.

Das Haus entscheidet sich für den durch Grumbrecht amendirten Antrag der Commission.

Der nächste Gegenstand der Beratung ist der Antrag des Abg. Kiepert: den Reichstagsrat zu ersuchen, die Zurückgabe der Brauntweinsteuer für allen zu gewerblichen Zwecken benutzten Alkohol anzuordnen und die Denaturierung desselben nach Maßgabe der technischen Verwendung auszuführen zu lassen.

Abg. Kiepert: Der vorliegende Antrag entspricht einer langjährigen Forderung der chemischen Industrie wie der Landwirthschaft und hat neuerdings eine besondere Anfeuerung erhalten durch die fast einstimmige Annahme des bekannten Antrages Henge im preussischen Abgeordnetenhaus, welcher die preussische Regierung aufforderte, zu Gunsten der Steuerfreiheit für denaturirten Spiritus beim Bundesrathe vorstellig zu werden. Im Reichstage bildete sich in Folge dessen eine besondere Commission, die die Angelegenheit in die Hand nahm. Als Vorsitzender dieser Commission setzte ich mich mit dem Präsidenten des Reichstagsrat's in Verbindung, der einen Bundescommissar beauftragte, unseren Beratungen beizumohnen. Gleichzeitig trat hier in Berlin der Vorstand des „Vereins zur Wahrung

der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" zusammen, der sich speciell mit der Frage der Denaturierung des Spiritus beschäftigte. Auf seine Einladung hat an diesen Beratungen der erwähnte Bundescommissar und ich selbst theilgenommen und dort Gelegenheit gefunden, uns über die rein technische Seite der Frage genau zu informieren. Es ist bekannt, daß die Spiritussteuer ursprünglich nur eine Getränkesteuer sein sollte. Allmählig haben aber einzelne Fabricationszweige angefangen, Spiritus für ihre Zwecke zu benutzen und gegenwärtig findet eine solche Verwendung in großem Maßstabe statt. Im engeren norddeutschen Zollverbände wurden von Sachsen und Preußen in Folge dessen gewisse Bestimmungen erlassen, welche eine Rückvergütung der Steuer denjenigen Fabrikanten gewährt, die unter angemessenen Sicherheitsmaßregeln Brauntwein in größeren Quantitäten zu chemischen Zwecken verwenden, und auf Grund dieser Vorschriften hat die Fabrication von Bleiweiß und Bleizucker, von Alkaloiden und später von Anilinfarben die Steuerfreiheit für Spiritus erhalten. Nach dem Bericht des Malles Meyer hier sind im Jahre 1876 bonificirt worden: für Bleiweiß und Bleizucker 12,290 Hectoliter zu 50 pSt. Alkaloids, für Alkaloids 1883 und für Anilinfabrication 1003 Hectoliter, wofür im Ganzen eine Bonification von 99,614 M. rückvergütet worden ist. Außerdem ist beim Export von Eau de Cologne für den dazu verwendeten Alkohol ein Betrag von 400,000 M. Steuer rückvergütet worden, im Ganzen also etwa 1 pSt. der gesamten Spiritussteuer.

Inzwischen sind eine Menge neuer Gewerbe entstanden, die Spiritus gebrauchen, und wegen der Belastung mit der Spiritussteuer gegen das Ausland gar nicht concurriren können. Ich erwähne nur, daß Birmingham und London in Berlin Commanditen haben, welche englischen Firnis und Spirituslad hier betreiben, der in Folge der Steuerfreiheit besser und billiger ist, als der hier fabricirte. Aehnlich verhält es sich mit der Fabrication von Aether und Chloralhydrat und mit den Farbereien, die spirituslösliche Farben verwenden. Die in England blaugelbten Catune sind es, weil sie mit Spiritus gefärbt werden; die hiesige Färberei ist gezwungen, andere Mittel zu verwenden, die nicht echt färben, weil der Spiritus ihr durch die Steuer zu sehr verteuert ist. Auch das neuerdings eingeführte Verfahren, Nüßengummi durch Spiritus zu extrahiren und auf Zucker zu verarbeiten, leidet außerordentlich unter dem Druck der Steuer und haben sich deshalb die Interessenten schon bittweise an die Regierung um Gewährung der Steuerfreiheit gewendet. In derselben Lage befindet sich die Möbelscherei und die Goldbleichfabrikation und die Fabrication von Anilinfarben zu Zündbündeln. Endlich ist die Rückvergütung der Steuer für die Spiritusfabrication von eminenter Wichtigkeit. Es ist ja bekannt, daß der Bundesrath sich bereits mit der Frage beschäftigt, zum Schutz der norddeutschen Spiritusfabrication eine Uebergangsabgabe für den aus Süddeutschland kommenden Spiritus zu erheben. Der Grund liegt darin, daß die süddeutschen Fabrikanten norddeutschen Spiritus für den sie an der Grenze des engeren Zollverbandes eine Bonification von 18 Mark pro Hectoliter erhalten, zu Spiritus verarbeiten und diesen dann nach Norddeutschland wieder einführen. An der belgischen Grenze bekommt dieser Spiritus dann noch einmal eine Bonification. Dieser Umstand hat den Bundesrath veranlaßt, die Zolllinie, die zwischen Nord- und Süddeutschland besteht und deren Befestigung wir alle wünschen, noch durch eine neue Uebergangsabgabe auf Spiritus zu verstärken. Viel einfacher würde der angestrebte Zweck erreicht, wenn man den zur Spiritusfabrication zu verwendenden Spiritus steuerfrei ließe und dadurch Norddeutschland und Süddeutschland gleich stellte.

Auch der Landwirthschaft würde durch Berücksichtigung meines Antrages eine Erleichterung gewährt. Die Gefahr, die die billigen Spirituspreise der letzten Jahre über die Landwirthschaft gebracht haben, ist wahrlich nicht klein. Eine Menge von Brennereien, die zur Cultur des schlechten Bodens in Nord- und Ostdeutschland wesentlich notwendig sind, haben ihren Betrieb einstellen müssen, weil sie nicht mehr bestehen können. Der Minister Delbrück erkannte die Gefahr, die der deutschen Spiritusfabrication aus den Differentialtarifen und der russischen Concurrenz drohte, bereits früher vollkommen an. Diese Befürchtungen haben in weitem Umfange ihre Begründung gefunden. Dazu kommt, daß England und Spanien den Pradentibzoll erhöht haben, und Italien gegen die Bestimmungen des Handelsvertrages durch niedrige Normierung der einheimischen Steuer unsern Export dorthin erschwert. Auch Frankreich beabsichtigt den Zoll von 15 auf 20 Francs per Hectoliter zu erhöhen, und der belgische Zoll von 72,50 Francs ist um 15 Francs zu hoch, um bei den dortigen Besteuerungsverhältnissen eine Concurrenzfähigkeit Deutschlands möglich zu machen. In Russland wird eine Exportprämie von 10 bis 12 Procent bezahlt, so daß selbst sehr viel sibirischer Spiritus nach Hamburg kommt. Auch die Freihafenstellung dieses Plazes hat dahin geführt, daß der russische Spiritus den deutschen vom dortigen Markt zum großen Theil verdrängt hat. Endlich haben die Eisenbantarische dem Spiritushandel einen wesentlichen Schaden zugefügt. Seit dem 1. März ist der neue Reformtarif eingeführt worden, der die Spiritussteuer erheblich verteuert. Auf meine Vorstellungen, die ich früher dem Handelsminister deshalb machte, ging derselbe nicht ein, weil er die Wichtigkeit meiner Annahme bestritt. Jetzt liegt mir eine Statistik vor, wonach beispielsweise für den Transport von Nieder-Finow nach Berlin eine Erhöhung der Transportkosten um 54 pSt. eingetretten ist. Daß das Abgabengebiet des Spiritus dadurch wesentlich verengt werden muß, liegt auf der Hand. Sachsen hat von seiner Befugnis, Ausnahmesteuern aufzustellen in Bezug auf Spiritus Gebrauch gemacht und eine Ermäßigung von 10—20 Procent eintreten lassen.

Einen ähnlichen Antrag habe ich im preussischen Abgeordnetenhaus nicht eingebracht, weil ich glaube, daß es gelingen werde, den Spiritus mit Zucker im Tarife gleich zu stellen. Aus diesen Gründen sind die Spirituspreise gesunken, und ich kann Sie nur bitten, meinen Antrag im Interesse der Landwirthschaft anzunehmen, da die letztere glaubte, daß sie in der bedeutenden chemischen Industrie Deutschlands einen Conumenten gewinnen werde. Was die Denaturierung angeht, so wird dieselbe in England mit Holzgeist ausgeführt, und die Gewerbe, welche eine solche Vermischung nicht betreiben können, sind in England nicht in Wüthe gekommen, wie z. B. die Spiritusfabrication. In Deutschland würden sich die großen Fabrikanten unter steueramtliche Controle stellen. Die Lad- und Firnisfabrikanten würden den Spiritus mit Holz und Oelen, die Spiritusfabrikanten mit Wasser und Holzgeist, die Kleingewerbe mit Holzgeist denaturiren. Wenn in England trotz der Verhinderung der Brauntwein noch getrunken wird, so liegt das daran, daß der Weizenalkohol ebenfalls Alkohol von nicht zu strengem Geschmack ist. Der Holzgeist muß eben so zusammengefaßt sein, daß er nur 40 pSt. Weizenalkohol enthält; die übrigen Stoffe, die ungeschädlich den Geschmack von Kressen haben, machen den Brauntwein vollkommen ungeschädlich. Wenn die Denaturierung vollständig durchgeführt sein wird, dann würde die Spiritussteuer erst eine wirkliche Getränkesteuer sein und auch eine Erhöhung betragen können.

Was den eventuellen Steuerausfall, der aus der Rückvergütung entstehen könnte, angeht, so verweise ich darauf, daß in England 3—4 Procent denaturirt werden; die Chemiker meinen aber, dieser Procentatz könne sich bis auf 10 oder 12 Procent erheben. Das wäre schon ein Ausfall von circa 5,000,000 M. Sollte sich der Ausfall nicht durch die Steigerung der Gewerbetätigkeit decken, dann könnte man an eine Schanksteuer denken. Die Zahl der Schankwirtschaften hat sich seit 1869 erheblich vermehrt. 1869 zahlten Gewerbesteuer 110,810 mit 2,236,203 M.; für 1877/78 sind 145,900 mit 3,048,252 M. veranlagt. Gewerbetreibende im Kleinhandel waren 1869 nur 12,467 mit 161,448 M., 1877 dagegen 15,411 mit 193,269 M. veranlagt. Diese Vermehrung liegt daran, daß die Schankwirtschaften einen ungeheuren Vortheil aus dem Verkauf in Gläsern ziehen, der ca. 150 Procent beträgt. Das Verlangen nach Schankconcessionen ist ein sehr großes; wenn eine solche nicht erteilt wird, dann wird um die Erlaubnis zur Führung einer Schankwirtschaft nachgefragt. Wenn der Bundesrath den Steuerausfall durch eine Schanksteuer decken wollte, so würde der Vermehrung der Schankstätten zugleich entgegengetreten werden. Ich kann Sie also nur bitten, meinen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen; wenn überhaupt etwas für Gewerbe und Landwirthschaft geschehen soll, dann muß es bald geschehen. Die Normaleinheitscommission hat sich schon vor 4 Jahren für den Spiritushandel nach Gewicht erklärt, und trotzdem wird noch heute nach Maß ge-

handelt. Diejenigen Fabrikanten, die heute schon nach Gewicht handeln, haben erklärt, sie würden wieder zum Maßhandel übergehen, weil er vortheilhafter für den Handel sei und nur die Landwirthschaft belaste. Ich möchte Sie also erinnern an das lateinische Sprichwort: bis dat, qui cito dat. (Beifall.)

Abg. Udden: Die Brauntweinsteuer sollte ursprünglich eine Getränkesteuer sein und war es auch de facto zur Zeit ihrer Einführung. Im Laufe der gewerblichen Entwicklung ist die Spiritusfabrication eine wesentlich andere geworden, es wird Spiritus fabricirt, welcher absolut kein Getränk ist. Es sind nun Verordnungen ergangen, welche die Rückvergütung der Steuer des in verschiedenen Industrien verwendeten Spiritus vorsehen. Von dieser Befugnis machen die Steuerbehörden jedoch nur in der engberzierten Weise Gebrauch, in den meisten Fällen verweigern sie die Rückvergütung. Wenn man sich entschließen könnte, die Rückvergütung in weitem Maße stattfinden zu lassen, so würden zahlreiche Gewerbe in Deutschland einen außerordentlichen Aufschwung nehmen, zum Nutzen des Arbeiterstandes und des Landes. Man hat gefürchtet, daß mit dem denaturirten Spiritus Mißbrauch getrieben werden könnte, indem es möglich sei, ihn wieder trinkbar zu machen und dabei namentlich die Verlesung mit Essig im Auge gehabt. Nun kann man wohl in chemischen Laboratorien durch minutiöse und kostspielige Experimente den Spiritus aus dem Essig wieder herausziehen, aber im Gewerbetriebe ist das nicht möglich. Was den Ausfall an Steuern betrifft, so würde er selbst, wenn er sich auf 10—12 Procent des gegenwärtigen Steuerertrages beläuft, gedeckt werden durch die Steigerung der Production, die Vergrößerung des Exports und die durch die Denaturierung bewirkte Erhöhung des Spiritusverbrauchs.

Abg. Richter (Hagen): Ich bin kein Brauntweinbrenner, werde aber gleichwohl dem Antrage zustimmen, ohne alle dafür angegebenen Motive zu theilen. Spiritus als Hilfsstoff für gewerbliche Zwecke eignet sich nicht zur rationeller Besteuerung. Die Frage, ob die Steuerbefreiung in Verbindung mit Einführung der Fabriksteuer und auf welchem rechtlichen Wege dieselbe herbeizuführen, erachte ich nicht für präjudicir. Ich verahre mich auch dagegen ausdrücklich, daß der Steuerausfall — zwischen 2 und 6 Millionen Mark, nach den verschiedenen Schätzungen — irgend einen Vorwand abgeben kann zur Einführung einer anderen Steuer. Ist eine Deckung erforderlich, so kann dieselbe nur beim Brauntwein selbst erfolgen, der in Deutschland sehr niedrig besteuert ist und einer eventuellen höheren Besteuerung nicht denselben Schwierigkeiten bietet, wie andere Verbrauchsgegenstände. Der zum Genuß bestimmte Brauntwein müßte also den Ausfall bei dem zu gewerblichen Zwecken bestimmten Brauntwein decken. Ich erkläre mich aber gegen eine neue Schanksteuer, welche Herr Kiepert so freundlich war, der Regierung auf dem Präsidenteneller entgegenzubringen. Die Schankwirtschaften sind ohnehin schon sehr besteuert; ihre Besteuerung ist Sandesache, nicht Reichssache. Wenn es wahr ist, daß die Wirthe so viel am Ausschank verdienen, so kommt dies jedenfalls daher, daß große Utensile, als Brauntweinbrenner, ihnen den Brauntwein so billig verkaufen und so billig verkaufen müssen, weil sie so viel Brauntwein produciren. Es kommt mir eigenhümlich vor, wenn die Herren über den großen Brauntweinconsum klagen und doch selbst Träger und Urheber der großen Brauntweinproduction sind. Ob die Distribution der großen Menge producirten Brauntwein durch eine größere oder geringere Zahl von Wirthen volkswirtschaftlich richtig ist, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. In dem Kreise, wo Herr Kiepert seine Erfahrungen macht, wird fast keine einzige neue Concession erteilt. Besteuerung der Schankwirtschaften heißt eine Prämie auf den Brauntweinhandel und den directen Bezug setzen. Die Steuer trafe auch nicht gerade immer den Brauntweinconsum, sondern das Wirtschaftsgewerbe überhaupt und würde vielleicht auf Kunden abgewälzt, die gar keinen Brauntwein trinken. Will man den Brauntweinconsum mit der Steuer treffen, so fasse man den Brauntwein an der Quelle, beim Glaserbesitzer, der ihn brennt, und nicht beim Schankwirt. (Beifall.)

Abg. Freiherr Nordde zu Rabenau wünscht mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite des Gegenstandes, daß die Reichsregierung denselben nicht auf dem Verwaltungswege, sondern durch ein Gesetz regeln. Wie hoch sich der Ausfall von Steuern beziffern werde, sei noch nicht festgestellt; den darüber ausgesprochenen Vermuthungen könne die andere Vermuthung entgegengesetzt werden, daß der anfangs vielleicht fühlbare Ausfall bald durch die gesteigerte Production sich reguliren werde.

Bundescommissar Geh. Rath Huber: Bereits im Jahre 1876 sind die einzelnen Bundesregierungen um Aeußerungen über diese Frage erlucht worden; die meisten haben sich auch schon im zustimmenden Sinne geäußert, nur die preussische hat noch nicht geantwortet. (Hört!) Alle übrigen Bundesregierungen haben die hohe Bedeutung der Frage anerkannt, auch technische Erörterungen eingeleitet, über deren Ausfall aber Berichte noch nicht vorliegen. Es handelt sich darum, eine absolut sichere Denaturierungsmethode zu finden, denn die Erfahrung in England ist keine besonders gute. Nach Berichten wird der methyloirte Spiritus dort trotz dieses Zuzahes getrunken. Auf die Essigsäure, die auch angeregt wurde, kann ich nicht eingehen; sie ist Gegenstand einer Interpellation, die in den nächsten Tagen beantwortet werden wird. In Bezug auf die formelle Fassung des Antrages muß ich noch bemerken, daß es sich hierbei nicht um Anordnungen, sondern um ein Gesetz handeln würde.

Abg. Dr. Braun theilt diese letzte Ansicht des Regierungscommissars. Er verweist darauf, daß im preussischen Abgeordnetenhaus der auf diese Frage bezügliche Antrag Henge mit großer Majorität angenommen sei; es sei zu wünschen, daß die Techniker mit ihren Untersuchungen sich etwas beeilen; die preussische Regierung, deren Erklärung noch allein ausstehe, solle ihren Technikern etwas Deiner machen, wenn nicht in ihrer Ansicht seit der Annahme des Henge'schen Antrages ein Umwandel eingetreten sei. Das letztere möchte er daraus schließen, daß die preussische Regierung die Vorlage wegen der Uebergangsabgabe auf Essig eingebracht habe. Auf dem Wege der Verordnung könne diese Frage nicht erledigt werden, und der Reichstag werde wachsam sein, um seine constitutionellen Rechte zu wahren. Am 22. Mai 1872 habe Delbrück ausdrücklich erklärt: man könne es nimmermehr gestatten, daß der freie Verkehr innerhalb Deutschlands irgend welchen Schranken unterworfen werde, solche Maßregeln wären weder mit den Gesetzen, noch mit der Verfassung vereinbar. Wenn ich richtig berichtet bin, hat auch das Reichsjustizamt eine gleichlautende Erklärung dem Bundesrathe auf Erfordern abgegeben; der Präsident des Reichsjustizamts ist ja anwesend und kann dem Bundesrathe seine Belehrung zu Theil werden lassen. (Heiterkeit.) Der frühere Finanzminister Camphausen hat den petitionirenden Essigsäurefabrikanten in demselben Sinne Bescheid erteilt und eine solche Abgabe als der Verfassung des Reiches nicht entsprechend bezeichnet. Ich kann nur meine Verwunderung darüber ausdrücken, daß der Bundesrat diesen Antrag Preußens nicht a limine abgewiesen, sondern erst noch einem Ausschusse übergeben hat. Brauntwein ist der exportfähigste Artikel, den Deutschland besitzt, deshalb möchte ich die Regierung bitten, alles zu thun, was den Export desselben fördern kann.

Italien gegenüber sind bereits Schritte gethan, aber nicht mit genügendem Erfolge. Jedenfalls dürfte man die Gelegenheit nicht veräumen, um Ausland Vorstellungen zu machen; denn der gegenwärtige und zukünftige finanzielle Zustand desselben rufe Zweifel nach, ob es noch gerechtfertigt sei, fernerhin den Brauntweinproduzenten in Russland auf Kosten der Steuerzahler und des Staates so große Geschenke zu machen, wie gegenwärtig. Die Summe, welche als Steuerausfall genannt wird, dürfte viel zu hoch gegriffen sein; jedenfalls dürfte sich der Ausfall ergeben durch die steigende Gewerbetätigkeit. Wenn man eine Steuer auf Schankwirtschaften legen will von 300 Mark jährlich, so scheint mir das doch phantastisch. Diese englische Methode gefällt mir nicht; in den Schnapspalästen Londons wird das Laster der Trunksucht viel größerartig betrieben als in unsern kleinen Schnapsbuden; da geht es doch bei uns ein Wischen menschlicher zu. In dieser Beziehung möchte ich England nicht zum Muster nehmen, wie es vielleicht auch in Bezug auf Denaturierung nicht mustergiltig ist. Wenn in England wirklich denaturirter Spiritus getrunken wird, so liegt das daran, daß dort so verarmte Schnapsbuden existiren und daß der Spiritus so theuer ist; in Deutschland kann man sich guten Brauntwein zu einem billigen Preise verschaffen und braucht nicht zu so entschiedenem denaturirtem

Zeug zu greifen. Die Aengstlichkeit der Einzelstaaten und der Reichsregierung ist deshalb nicht gerechtfertigt. Das Beste wäre, wenn der Süden sich zur norddeutschen Brauereifreie und der Norden zur bairischen Brauereifreie einigte, damit wir mit Recht sagen könnten: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! (Heiterkeit.)

Nachdem der Antragsteller Kiepert bemerkt hat, daß der Steuerausfall von allen Seiten zu hoch taxirt sei, wird sein Antrag mit sehr großer Majorität angenommen.

Die Petition der Handelskammer zu Grefeld um Steuerbefreiung des zu gewerblichen Zwecken verwendeten Spiritus wird durch den hiesigen Gefassten Beschluß für erledigt erklärt.

Mehrere Berliner Brauereien, an der Spitze die Vereinsbrauerei der Berliner Gastwirthe, beantragen; dem Artikel 12 der Maß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868, welcher die Weinfässer dem Siedungsdrucke unterwirft, folgenden Zusatz zu geben: „Auch den Brauern ist der Bierverkauf nur in solchen Fässern gestattet, auf welchen die Raum-Inhalt bildende Zahl der Liter deutlich angegeben ist.“ Begründet wird dieser Antrag damit, daß der Brauer „Kanne“ im Laufe der Zeit vollständig willkürlich geworden sei; die Mehrzahl der Brauereien ließe die Gefäße nach Gutdünken anfertigen; außerdem hätten viele Bierverleger und Restaurateure eigene Kanne mit einem weit größeren Inhalt als dem normalmäßigen Inhalt von 120 Litern. Wollte nun eine Brauerei die Kanne nicht vergrößern, so sei sie gezwungen, dieses Gefäß zu füllen. Diese Geschäftspraxis habe aber alle Grenzen der Möglichkeit soweit überschritten, daß eine Reorganisation dringender geboten erscheine. Zugleich liegt eine Petition des Vorstandes des Branntweinvereins zu Berlin vor, welcher nach Maßgabe eines Vereinsbeschlusses ohne weitere Ausführungen die obligatorische Eichung der Schankgefäße aus Gründen des öffentlichen Interesses fordert.

Die Petitions-Commission beantragt, die Petitionen dem Bundesrat zur Kenntnissnahme und insoweit zur Erwägung zu überweisen, als eine eichamtliche Beglaubigung des Raum-Inhaltes der Biergefäße ins Auge gefaßt wird.

Abg. Rittinghausen hält die Eichung der Schankgefäße für bedeutend wichtiger, als die der Bierfässer. Zwischen den Schankwirthen und den Bierbrauereien bestehe die Täuschung auf Reciprocität; das sei aber nicht der Fall bei den Bier consumirenden arbeitenden Klassen. Es sei eine Schande, daß diesen letzteren, wo sie jeden Groschen umdrehen müßten, ehe sie ihn ausgeben, für ihr gutes Geld zu kleinem Maß gegeben werde. Der Einwand, welchen die Regierung gemacht habe, daß eine solche Maßregel sehr viel Schwierigkeiten und Kosten verursache, sei durchaus nicht stichhaltig.

Abg. Braun will diese Frage nicht als eine Kostenfrage der arbeitenden Klassen behandeln, sondern vom Standpunkte der Gerechtigkeit und der öffentlichen Ordnung für die Gesamtbevölkerung aus, und da habe er die vorgeschlagene Maßregel für durchaus wünschenswerth. Dieselbe sei auch im Deutschen Reich vollständig durchführbar und als Beweis führt Redner sein früheres engeres Vaterland Nassau an, wo ein Siedungsdruck der Schankgefäße von 1849 an bis zur Eimerleitung in Preußen bestanden habe.

Abg. Rittinghausen erklärt, daß er die arbeitenden Klassen bei dieser Frage keineswegs im Gegensatz zu den übrigen Bevölkerungsklassen habe bringen wollen; er habe nur auf sie exemplificirt.

(Abg. Braun: Vollkommen zutreffend.)

Der Antrag der Commission wird angenommen.

Der Herr Peter Wingarz zu Eller, Kreis Düsseldorf, bittet um Gewährung einer Entschädigung für das auf polizeiliche Anordnung verscharrte Reich eines nach der Abschachtung rinderpestkrank befundenen Ochsen. Der Reichstag giebt dem Gesuch keine Folge und überläßt dem Petenten die Verrichtung des Reichsweges.

Die Petitionscommission hat die Petition des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten, betreffend die Freihafenstellung Hamburgs zur Erörterung im Plenum für ungeeignet erachtet.

Abg. v. Kardorff beantragt die Besprechung derselben im Plenum, Abg. Klugmann den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. v. Kardorff: Es handelt sich hier um eine sehr ernsthafte und wichtige Frage, die vom Bundesrat eingehend erwogen zu werden verdient. Die Petenten haben sich schon früher an den Bundesrat um Schutz gegen den Mißbrauch gewendet, welcher in Hamburg mit dem russischen Spiritushandel getrieben wird. Spiritus kann nämlich bei uns füglich nicht eingeführt werden, weil er bei uns einen sehr hohen Schutz Zoll von ungefähr 30 Procent a valore hat. Wer also bei uns russischen Spiritus importirt, erhält bei dem Wiedereinfuhr derselben von dem gezahlten hohen Schutz Zoll nur die Steuer zurück, welche die inländischen Brennereibetriebe zahlen. Das Petition der Spiritusfabrikanten ist also gerechtfertigt, daß sie Hamburg und Bremen wegen ihrer Freihafenstellung nicht als Monopol zur Verarbeitung und zum Export des russischen Spiritus zugestehen wollen. Der Bundesrat hat den Antrag der Petenten, wegen dessen einschneidender Wirkung auf den Brennereibetrieb unserer östlichen Provinzen abgelehnt. Jetzt kommen die Petenten an den Reichstag und wünschen, daß der Reichstag in geeigneten Schritten beifolgt Abstellung dieser Mißstände veranlasse. Sie hätten allerdings angeben sollen, worin diese Schritte bestehen sollen. Man mag es als einen großen Uebelstand unserer heimischen Fabrikation anerkennen, daß der Export russischen Spiritus nach Hamburg so zugunommen hat, daß der Export des deutschen Spiritus fast vollständig aufgehört hat, aber man muß doch angeben, wie denselben abgeholfen werden soll.

Ich glaube einen solchen Weg angeben zu können und behalte mir vor, einen diesbezüglichen Antrag hier einzubringen. Es kann den Uebelständen nämlich abgeholfen werden, wenn man den Handelsverkehr für russischen Spiritus verbietet oder dessen Transitverkehr erschwert, indem man ihn zur Entrichtung des Schutz Zolls zwingt. Dann wird auf dem Landwege kein Spiritus mehr nach Deutschland importirt werden. Der Seeweg bleibt allerdings offen, aber dieser ist bei der geographischen Configuration Russlands und der Unfahrbarkeit der Ostsee während vieler Wintermonate nicht sehr bedeutend. Ich habe viele Sympathien für das russische Volk, aber im handelspolitischen Beziehung sind wir seit Decennien von Ausland so schlecht behandelt worden, daß wir uns ihm gegenüber eine solche Maßregel schon erlauben dürfen. Man hat zwar von gegnerischer Seite das thatsächliche Material der Petition zu entkräften versucht, aber die Beschwerden an und für sich bleiben doch gerechtfertigt und wir müssen uns dagegen wehren. Die Herren in den Anstalten betrachten die Sache einmüthig nicht. Sie sagen: Warum gönnen uns die Deutschen unsern Wohlstand nicht? Das erinnert mich an eine Geschichte aus den „Fliegenden Blättern“. Zwei Gelehrte haben zu Mittag einen Fisch, der für beide nicht ausreicht. Da sagt der Mann zur Frau: Ist Du den Fisch, so machst Du mir eine Freude; esse ich ihn, so machst Du Dir eine Freude. Weshalb soll ich Dir die Freude nicht machen? (Lul) Ueberweisen Sie also die Petition wegen ihrer principiellen Wichtigkeit dem Reichskanzler zur Erwägung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Klugmann (Lübeck): Herr v. Kardorff hat Recht: es handelt sich hier um eine ernste Sache, die auch mit vollem Ernst, der alle Scherze ausschließt, behandelt werden muß. Die Petenten beschwerten sich darüber, daß es im deutschen Freihafengebiet möglich ist, neben dem deutschen Spiritus auch russischen einzuführen und ihn da, wie sie behaupten, zu rectificiren und als deutschen Spiritus auszuführen. Sie irren aber darin, denn der russische Spiritus, als vorwiegend Kornspiritus, wird in Hamburg nicht rectificirt, sondern wesentlich verwandelt zur Verarbeitung in sogenannten faconirte Spirituosen, d. h. als Genevree; als solcher wird er von Hamburg in alle Welttheile ausgeführt; er concurrirt also nicht mit dem deutschen aus Kartoffeln gewonnenen Spiritus. Wenn die Petenten hierin eine den Hamburgern zugehende Begünstigung zum Nachtheil der anderen Bürger des Deutschen Reiches erblicken, so ist es verwunderlich, daß sie für sich nicht ebenfalls die Begünstigung zu erlangen suchen, russischen Spiritus nach Deutschland einzuführen, unter der nöthigen Controle zu rectificiren und wieder auszuführen. Ein solches Streben würde allerdings bei einer großen Anzahl von Mitgliedern Unterstützung finden, aber nicht bei den Spiritusfabrikanten, die sich ihr abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet erhalten und keinen Tropfen Spiritus nach Deutschland hinein kommen lassen wollen. Dazu sind sie in die Lage gesetzt, durch den außerordentlich hohen Schutz Zoll von Spiritus, der erheblich mehr beträgt, als der Eingangszoll von 30 Procent ad valorem, wie Herr v. Kardorff sagt. Der Eingangszoll auf Branntwein beträgt 18 Mark pro Centner, die innere Steuer 25 Pf.; für 10,000 Liter procent = 270 Pfund sind 30 M. 90 Pf., also rund 31 M. Zoll zu entrichten. Der durchschnittliche Ertrag von Spiritus stellt sich auf 9 pCt. des Maßraumes bei guter Bewirtschaftung; 10,000 Liter procent erfordern demnach 1110 Liter Maßraum, daß giebt nach dem Steuerfuß von 30 M. einen Betrag von 4550 M. Soviel beträgt die Differenz zwischen dem Zoll und der inneren Steuer.

Dieser Schutz von 37 pCt. schließt jeden fremden Spiritus vom deutschen Markte aus. Was ist die Folge dieses abgeschlossenen Verkehrsgebietes? Beim Ende der Spirituscampaagne im Mai jeden Jahres wird auf den Spiritusbörsen das erzielte Quantum berechnet und darauf eine große Speculation gegründet. Diese Fluctuation der Preise hat den Export des deutschen Spiritus nach dem Auslande wesentlich verhindert. Wenn Sie den russischen

Spiritus vom Hamburger Markte ausschließen, werden Sie ihn dadurch nicht vom Weltmarkte entfernen; der Markt wird höchstens nach Kopenhagen oder Holland verlegt werden. Außer dem russischen Spiritus concurriren auch noch viele andere Spiritusummen mit dem deutschen. Es ist auch für die deutsche Fabrikation heilsam, wenn sie an ihrer Nordgrenze große Weltmärkte hat, wo sie lernen kann, wie sie für den internationalen Consum fabriciren muß. Die Petenten geben in statistischen Zahlen das Quantum des nach Hamburg eingeführten russischen Spiritus an. Diese Zahlen sind unrichtig und selbst wenn sie richtig wären, so behaupten die Petenten doch nicht, wie Kardorff dies gethan, daß der russische Spiritus allein auf dem Hamburger Markt herrsche. 1877 ist infolge des Zurückgehens der russischen Valuta eine sehr erhebliche Zufuhr nach Hamburg eingetreten, sie ist aber jetzt schon sehr gefallen. Die in der Petition genannten Ursprungscertifikate sind nur eine erfundene Decoration; in Hamburg existirt keine solche Behörde. Welchen Werth sollen solche Zeugnisse auch haben? Wenn russischer und deutscher Spiritus nicht zu verwechseln ist, dann wird nach der Waare, nicht nach den Attesten gelaufen werden. Es wird nun auf die Handelsverträge verwiesen: bei der Einfuhr von Deutschland nach Frankreich werden nur 15 Frcs. per Hectoliter, bei der Einfuhr aus Rußland aber 25 Frcs. gezahlt. Es ist kaum zu glauben, daß der Vorstand des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten und Fabrikanten derartige Behauptungen ohne Information über die Lage der Dinge in einer Petition an den Reichstag aufstellt.

Der russisch-französische Handelsvertrag von 1874 enthält eben so gut die Clause von der meistbegünstigten Nation, wie der deutsche. Auf solche unrichtige und übertriebene Behauptungen hin wird nun ein Antrag gestellt, dem Reichskanzler ein Räthsel aufzugeben, welches die Petenten selbst nicht lösen können; er wird aufgefordert, zur Beseitigung derjenigen den Hamburgern zugestandenen Bevorzugungen, welche eine Verachtlichung anderer Bürger bedingen, halbwegs die geeigneten erscheinenden Schritte zu thun. Welche Schritte geeignet sind, darüber schweigen die Petenten. Es müßte entweder den Bewohnern der Freihafengebiete jeder Gewerbebetrieb untersagt werden, denn was den Spiritusfabrikanten recht ist, ist den anderen Producenten billig. Wie soll dabei überhaupt Handel möglich sein? Oder es müßte die Freihafenstellung Hamburgs einfach aufgehoben, oder den Bewohnern das Leben so erschwert werden, daß sie freiwillig auf diese Stellung verzichten. Schließlich könnte man in den Handelsverträgen die Freihafen als Vorland ausschließen. Die hanseatischen Republiken hatten bei ihrem Eintritt in den norddeutschen Bund bereits sehr günstige Handelsverträge mit Frankreich abgeschlossen und dieselben mitgebracht. Will man ihnen die jetzt etwa entziehen? Es würde eine große Unbilligkeit darin liegen, wollte man die Freihafen, denen das Recht zu selbstständigen Vertragsbeziehungen genommen ist, nun aus den deutschen Verträgen ausschließen. Kardorff hat dann heute vorgeschlagen, man solle den deutschen Bahnen den Transitverkehr für russischen Spiritus verweigern; das würde die Bahn Lübeck-Hamburg in eine merkwürdig exceptionelle Stellung bringen, den Hamburger Markt aber nicht treffen. Man würde den Weg zu Wasser wählen oder der Spiritus würde in Kopenhagen liegen bleiben. Diesen Erfolg werden Sie nicht wollen, gehen wir deshalb über die Petition zur Tagesordnung über. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Möring: Nach den Worten, die wir soeben von dem Abg. Klugmann gehört haben, der vollkommen aus meiner Seele gesprochen hat, will ich auf alles Weitere verzichten, da jedes weitere Wort den Anschein erwecken würde, als wollte ich pro domo sprechen. Nach dem Beifall, den der Vordröner gefunden hat, will ich diesen Anschein vermeiden; ich glaube, es wird seinem Antrage entsprochen werden, zur Tagesordnung überzugehen, und darum bitte ich.

Abg. Möse (Bremen): Ich will nur denen, die nicht daran denken sollten, ins Gedächtnis rufen, daß der Abg. Klugmann den Wahlkreis Lübeck, also keinen Freihafen-Distrikt betritt und daß Lübeck sich aus eigener Entscheidung dem Zollverein angeschlossen hat. Seine Bemerkungen sind also nicht aus einer Freihafenstellung hervorgegangen. Ferner, wenn Herr von Kardorff darauf ausgeht, die Freihafenstellung zu beseitigen, so muß er bedenken, daß, wenn er dem Seehandel und dem Seeschiffahrts-Verkehr nicht auf eine andere Weise ein brauneses Weid macht, er diesen Handel einfach nach Holland und Belgien treibt, die schon jetzt den Schaum des deutschen Seehandels in Anspruch nehmen. Die Nabobs in Amsterdam nähren sich von deutschem Gelde, davon, daß Holland und Belgien vielfach vor den Hansestädten bevorzugt werden. Herr von Kardorff, der sagt, wir hätten in Hamburg und Bremen ein Spiritumonopol, erwidere ich: wir haben keine und wünschen auch keine zu haben; im Gegentheil, wir detestiren jedes Monopol, das Spirit wie das Tabakmonopol, weil wir glauben, daß jedes Monopol zum wirtschaftlichen Ruin führt und daß jeder Versuch, ein Monopol einzuführen, den Keim des Todes ausstreut und seine eigene Lebensunfähigkeit documentirt, daß es elendiglich crepirt.

Abg. Richter (Hagen): Ich ergehe nur das Wort, um darzuthun, daß es sich hier nicht bloß um Interessen von Seefahrern handelt. Man begegnet zwar heute ungebührlichen und abentheuerlichen Vorfällen bei Personen, denen man nach ihrer amtlichen Stellung eine größere Einsicht in wirtschaftliche Verhältnisse zutrauen sollte, von Abgeordneten habe ich dergleichen Vorfälle, wie sie Herr v. Kardorff entwidelt, noch nicht gehört. Das ist nicht mehr Schutzpolitik, sondern liegt weitab auf einem Gebiet, das ich hier nicht recht charakterisiren kann. Im Innlande ist die Spiritproduction durch hohe Schutz Zölle geschützt, nun soll sie im Auslande bei der Concurrenz mit ausländischem Spirit nach unterstügt werden, indem man die Interessen unserer inländischen Eisenbahnen, also unsere Verkehrsinteressen, zum Opfer bringen will durch Verbot des Transits von Spirit auf unseren Eisenbahnen. Das heißt Spiritpolitik über Alles, heißt das Interesse der Spiritproducenten zum Mittelpunkt der gesammten Wirtschaftspolitik machen, ihr alle anderen Interessen zum Opfer bringen. Ich werde abwarten, ob sich für einen solchen Vorschlag die erforderlichen 15 Stimmen finden werden. Die vorliegende Petition ist auch durchaus ungerechtfertigt. Allerdings unsere Schutzpolitik erschwert der inländischen Spiritindustrie die Concurrenz mit den Freihafen, welche ausländischen Kohnspiritus verarbeiten. Die Freihafen haben nach dieser Richtung Vortheile, nach der anderen aber leidet ihre Industrie, weil der Zollzwang ihnen den Absatz nach Deutschland und die Concurrenz mit der goldberainsländischen Industrie erschwert. Man kann nicht das eine ohne das andere ändern. Würde Hamburg die Raffinirung unmöglich gemacht, so würde — das geht aus der Petition hervor — diese Industrie sich nach dem Auslande wenden. Sonst liegt man über die schwere Concurrenz des deutschen Spirit im Auslande, die Petition hebt im Gegentheil die Vortheile hervor, die der in Hamburg raffinirte russische Spirit, weil er als deutscher Spirit im Auslande angesehen werde, genieße. Die Petition selbst muß aber zugeben, daß solche Declaration der Einfuhr in Hamburg nicht nachweisbar seien. Wenn man solche in sich unklare, widersprüchliche Petition dem Reichskanzler zur Erwägung überweist, kann man denselben Alles zur Erwägung überweisen, sogar die Frage, ob das Einmalen wirklich so richtig ist, als man bisher allgemein angenommen, und ob es wirklich zutrifft, daß zwei mal zwei gleich vier.

Abg. v. Kardorff weist darauf hin, daß er schon oft von dem Abg. Richter wegen seiner wirtschaftlichen Ansichten belästigt sei, später aber habe sich die Nichtigkeit derselben herausgestellt. Vor zehn Jahren habe er schon auf die Nothwendigkeit der Vermehrung der indirecten Steuern und auf den Tabak als das geeignetste Steuerobject hingewiesen. Damals sei er belacht und verhöhnt worden; heute komme seine damalige Ansicht immer mehr zur Geltung. Auch jetzt werde er sich in gleicher Hoffnung über die Angriffe Richters trösten.

Abg. Rohland präcirt die Stellung der Minorität der Petitions-Commission, welche für die Besprechung der Petition im Plenum gestimmt habe, dahin, daß dieselbe keineswegs den Standpunkt Kardorffs getheilt habe; sie habe aber geglaubt, daß Hamburg durch seine Freihafenstellung in Verbindung mit den ihm gewährten Differentialtarifen eine Schädigung des deutschen Spiritushandels verursache. Diese Sachlage habe im Plenum zur Besprechung kommen müssen; dieser Zweck ist jetzt erreicht; auch er werde jetzt für Uebergang zur Tagesordnung stimmen.

Aus dem gleichen Grunde giebt auch Abg. v. Kardorff schließlich seinen Antrag zurück womit der Gegenstand erledigt ist.

Es folgen Petitionen, und zwar zunächst der Antrag des Abg. Dr. Karsten und Gen. auf Besprechung der Petition der Handelskammer zu Kiel. Letzterer bittet, daß er einzutreten, daß nicht Flensburg, sondern Kiel zum Sitz des Senats für die schleswig-holsteinische Küste bestimmt, eventuell aber in Kiel ein zweites Seeamt für den südlichen Theil der gedachten Küste (von Schleimünde bis Dampshöft) errichtet werde. Die Commission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Karsten motivirt die Petition mit der größeren Frequenz der Schifffahrt in Kiel, die zu der in Flensburg wie 3 : 1 verhalte.

Abg. Stephani erneuert den Antrag der Petitionscommission auf Uebergang zur Tagesordnung, weil es sich hier nicht um Reichs-, sondern um Landesangelegenheiten handle, welche die Kieler Handelskammer beim preussischen Ministerium zur Sprache bringen müsse.

Hierauf giebt Dr. Karsten seinen Antrag zurück und das Haus beschließt den Uebergang zur Tagesordnung.

Es folgt der mündliche Bericht der Commission zur Vorberatung der Post-, Telegraphen- u. Eisenbahnverwaltung über die derselben überwiesenen Petitionen.

Die Petition der Telegraphenbeamten zu Bremerhaven auf Stellung in eine höhere Serviceklasse, wird nach kurzer Besprechung durch den Referenten Dr. Rieper und den Abg. Möse dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, um bei der nach dem Geleß über die Quartierleitung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vorzunehmenden Revision der Tarif- und Klasseneinteilung der mit Einquartierung belegten Orte Berücksichtigung zu werden.

Um 4 Uhr verläßt sich das Haus bis Freitag, 11 Uhr (Interpellation Buß und Glat).

Berlin, 3. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Ober-Präsidenten der Provinz Preußen, Wirklichen Geheimen Rath v. Horn, zum Ober-Präsidenten der Provinz Ostpreußen ernannt.

Se. Majestät der König hat den Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Ober-Verwaltungsgerichts-Rath Lehens zum Senats-Präsidenten des Ober-Verwaltungsgerichts; sowie den Ober-Tribunals-Rath Strudmann, den Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten Meß zu Potsdam, den Landrath von Gölzer zu Berlin und den Justiz-Rath Jacobi zu Marienwerder zu Ober-Verwaltungsgerichts-Räthen ernannt.

Der Oberförster-Candidat Lumann ist zum Oberförster ernannt und ihm die durch Verlegung des Oberförsters Hagfeld erledigte Oberförster-Stelle zu Sellern im Regierungsbezirk Wiesbaden verliehen worden. — Der bisherige königliche Kreisbaumeister Karl Russell zu Halle a. S. ist zum königlichen Wasserbau-Inspector ernannt und demselben die neu creirte Wasserbau-Inspectorstelle dorthelbst verliehen worden. — Der Kreisrichter Fülzer zu Weiden O. S. ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Sorau N. L. und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Frankfurt a. D. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sommerfeld ernannt worden. Der Gerichtsassessor von Jbell in Frankfurt a. M. ist zum Advocaten im Bezirk des Appellationsgerichts daselbst ernannt worden.

Berlin, 3. April. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden in der Generalversammlung des Frauen-Casinotheaters, im Gebäude des Justiz-Ministeriums, anwesend und theilhaftig sich nach derselben an einer Vorstandssitzung des Augusta-Hospitals.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Mittag den bei der Hofstadt in Paris commandirten Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Oberst-Leutnant von Bülow. Abends besuchten die höchsten Herrschaften die französische Vorstellung im Schauspielhause. (Beifall.)

Gewinn-Liste der 1. Klasse 158. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigegeben.)

Bei der heute begonnenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

118 (90)	35 (90)	70 (150)	85	225	38	68 (120)	82	87	421	89
523	614	63	752	55	88	837 (90)	93	1075	223	29
423	78	516	36	603	88	445 (90)	78	834	70 (90)	71
2012	112	43	48	70	214	90	384 (90)	417 (90)	590 (90)	683 (90)
91	908	(150)	85	3031	60	67	116	75	87	286
509	46	68	604 (90)	5	57	78	701	30	43	65
4029	30	32	76	80	105	7 (150)	226	58	317	49
19	630	68 (90)	77	757	843	5093	156	(90)	58	205
88	93	(120)	556	66	729	53	55	87	99	883
41	253	(150)	390	405	(90)	16	21	54	74	88
60	320	953	82	7024	38	42	55	104	65	235
512	734	877	90	906 (90)	39 (90)	8013	205	16	25 (120)	47
(90)	62	413	35	98	99	507	54	78	615 (120)	16
947	63	9085	87	153	301	23	77 (90)	450	576	77
52	63	90	95	706	24	94	845.			
10,042	76	89	100	12	37	51	70 (90)	91	239	86
(120)	506	62	68	(90)	693	94 (210)	753	(180)	71	80
11,031	90	96	193	226	90	349	87	440	544	639
734	69	85	(90)	803	984	12,063	84	220	49	(90)
97	555	612	38	(180)	52	71	77	(90)	846	933
(120)	114	(90)	21	44	65	91	224	64	83	94
507	10	53	644	65	724	873	943	49	63	14,136
85	88	453	500	(90)	31	33	72	636	58	(90)
906	56	73	15,088	101	23	300	(180)	44	53	422
56	67	(90)	728	84	94	804	7	77	945	66
98	(90)	228	325	41	68	94 (120)	497	594	622	90
34	17,036	47	119	42	220	43	50	56	312	63
85	629	45	64	761	837	(180)	74	904	66	73
42	(90)	66	242	85	309	55	80	430	560	73
919	56	57	19,019	(120)	26	165	67	473	99	(90)
70	83	717	(90)	88	886	945	65	(120)		
20,076	(90)	133	(90)	40	253	(90)	62	63	324	403
504	25	34	688	719	24	39	46	61	84	877
(90)	128	42	75	262	(90)	64	81	303	12	16
22,068	200	(90)	48	461	62	92	554	77	96	707
28	955	73	99	23,127	99	(90)	327	51	422	(210)
66	90	870	924	25	90	24,174	(180)	223	(120)	36
675	79	809	810	95	(120)	25,077	137	239	96	341
703	4	17	892	(90)	945	47	26,222	379	82	442
613	743	51	863	(90)	79	27,012	27	(300)	89	130
433	93	534	48	57	71	617	39	43	45	770
101	88	201	24	50	70	87	342	44	84 (90)	437
76	614	888	954	55	29,076	115	121	(90)	218	53
59	72	511	69	70	(150)	626	29	89	743	45
30,138	56	292	94	414	20	541	57	67	24	62
101	12	15	71	86	(90)	97	233	65	83	96
503	79	84	615	78	90	707	22	70	99	833
(90)	52	73	101	58	69	238	56	66	71	333
608	88	746	50	82	907	(90)	26	42	69	79
88	303	706	11	(90)	34	843	60	905	22	26
85	87	184	(300)	230	97	(90)	311	24	408	81
83	807	(90)	50	71	96	(120)	939	67	35,003	21
305	13	51	60	462	97	532	68	621	33	53
(210)	72	(90)	78	914	44	51	36,147	209	15	327
25	63	603	5	702	31	46	804	33	48	(90)
252	53	75	331	88	473	78	80	(180)	540	634
65	94	915	35	(90)	38,001	11	21	25	62	121
(90)	39	476	(90)	90	548	602	47	9000	726	33
59	70	76	(90)	86	93	107	209	343	498	515
93	614	76	83	720	44	59	88	802	917	20
40,030	46	53	152	86	98	234	69	390	95	410
636	49	711	(90)	45	75	896	935	42	44	91
42	66	208	22	25	318	52	78	97	405	(150)
61	837	73	927	(120)	31	73	91	42,018	90	105
425	51	55	59	80	504	43	66	(150)	72	(90)
(180)	953	55	59	43,013	99	119	90	(90)	93	99
549	52	57	(120)	694	744	(90)	54	56	92	99
150	235	53	328	(90)	49	82	406	(150)	79	98
71	98	711	(90)	13	21	68	801	13	89	99
58	(180)	79	92	319	(120)	83	96	416	53	66
75	(180)	77	84	77	726	43	821	25	32	(90)
46,022	23	58	75	85	(90)	126	78	79	250	63
553	58	64	622	97	(90)	754	55	814	46	(90)
47,025	45	48	55	59	(90)	97	105	53	204	315
679	743	88	96	(90)	814	978	48,041	47	68	276
676	89	758	77	801	11	922	33	44	58	(120)
(180)	59	359	93	455	584	(90)	619	74	760	(210)
50,036	72	118	27	207	23	39	46	60	379	403
98	674	91	98	(120)	706	39	40	818	46	902
(90)	30	33	46	78	105	21	42	(120)	48	79
87	463	85	506	28	39	80	87	99	606	41
52,143	205	14	(120)	316	21	96	410	29	536	617
91	850	70	910	66	68	(90)	53,006	124	42	52
303	27	35	477	606	7	(90)	38	731	842	45
166	(90)	244	66	322	471	(90)	575	666	758	835
55,044	256	86	377	410	76	(120)	94	641	63	871
33	48	70	147	52	63	266	313	408	91	557
990	57,080	165	85	(90)	234	71	329	55	457	501
770	(120)	828	31	(90)	70	72	922	52	56	58,091
52	476	89	94	(150)	557	86	604	39	(90)	52
968	59,011	111	16	222	61	350	61	454	81	555
60,296	349	(90)	482	(120)	97	562	83	783	808	23
(120)	93	61,031	208	33	342	462	637	765	62,067	72

17 (90) 33 202 91 (90) 493 521 93 641 (120) 744 57 88 819 34 52
74 63,003 38 (120) 73 76 (120) 135 40 203 37 57 (150) 76 (300) 82
344 57 462 77 590 637 56 71 79 92 721 803 78 64,003 77 108
34 76 237 334 413 59 502 23 91 696 708 60 62 814 24 (90) 73
90 921 (120) 70 98 65,068 (120) 114 230 80 94 318 (150) 64 434
99 502 32 54 68 683 731 45 46 (90) 91 841 44 51 92 997 66,073
126 57 289 319 420 35 79 90 515 38 71 97 611 46 (90) 78 744
(90) 79 (9000) 823 62 64 904 20 51 67,003 53 75 98 109 92 251
99 (90) 343 89 503 55 608 66 756 870 74 94 903 11 43 63 68,157
62 72 307 (90) 25 28 33 443 77 575 83 93 798 833 929 67 (90)
69,117 77 87 95 99 (120) 263 75 301 37 39 90 424 44 55 86 557
606 717 23 78 830 82 84 909 56.

70,003 48 78 (90) 103 225 66 94 369 434 84 501 15 67 759
815 25 (90) 57 62 937 59 64 83 71,026 (120) 66 152 82 209 159
18 46 49 320 27 35 66 82 439 86 526 732 74 79 90 865 913 93
72,020 47 55 100 15 88 285 97 311 (1500) 23 453 (90) 59 73 605
9 (90) 75 79 84 736 42 94 847 53 80 946 49 (90) 65 73,021 186
201 77 94 524 25 61 76 602 34 76 (90) 84 749 75 77 814 16 35
43 57 (90) 941 87 74,013 47 101 73 224 30 69 72 80 95 326 444
45 65 (90) 565 (90) 76 (150) 694 (90) 759 (90) 73 852 81 933
75,006 45 94 124 35 91 308 69 408 68 502 12 54 57 (90) 69 73
603 7 9 11 29 (120) 767 98 853 59 (90) 955 82 86 76,021 23 79 85
91 104 24 30 31 250 354 71 82 89 418 38 41 65 90 517 92 671
713 38 (180) 39 76 942 50 83 77,039 45 113 44 50 53 247 61 72
85 302 14 (90) 18 33 98 447 86 90 93 520 84 620 65 775 86 823
945 55 96 78,003 30 59 62 122 59 68 98 99 204 (150) 31 53 76 83
392 401 13 26 60 527 80 642 713 38 48 61 86 (120) 854 79 91 92
(90) 79,067 229 37 77 302 59 446 84 556 67 94 (120) 99 (90) 608
12 18 43 83 725 37 80 97 843 85.

80,007 85 (90) 102 309 13 29 38 40 70 75 82 85 423 (210) 503
6 638 59 725 84 810 14 (90) 66 974 (90) 81,078 93 175 274
314 34 37 53 467 78 581 83 (90) 611 15 704 803 7 926 82,065
76 119 25 30 83 217 54 79 89 90 310 39 54 (90) 79 403 31 34 39
53 84 97 503 21 51 87 (150) 666 701 927 40 53 58 81 83,049 153
232 97 411 650 706 91 57 84,086 87 180 229 349 433 552
88 620 700 9 (150) 814 79 (90) 85,488 99 509 29 611 51 (150) 89
745 899 (90) 86,032 159 63 84 242 (90) 362 95 555 650 73 730
47 54 (90) 55 89 839 907 46 87,133 84 244 (90) 75 405 27 73
512 (90) 14 613 17 40 46 712 47 (120) 814 40 917 (90) 35 88,001
140 246 479 (90) 586 655 93 730 844 93 29,036 59 104 64 372
(90) 429 504 602 43 53 62 752 54 880 99.

90,111 24 39 (90) 46 64 201 396 417 47 511 (90) 692 711 56
69 91,074 114 88 (90) 226 (90) 70 310 435 69 75 (90) 89 575 640
707 69 850 927 66 81 92,043 101 11 23 31 72 75 55 217 384 70
(150) 414 (90) 37 49 714 39 (90) 73 877 930 99 93,005 10 83 237
(90) 67 85 538 626 70 833 910 28 (90) 51 60 94,091 135 213
306 54 77 403 36 43 97 614 51 88 723 28 47 63 859 (90) 62 985.

© Berlin, 3. April. [Einführung der neuen Minister.

Landesökonomie-Collegium. — Secundärbahnen. — Pfälzische Ludwigsbahn. — Verwaltung des landesherrlichen Patronats. — Neues Lehrerinnen-Seminar.] Die Einführung der neu ernannten Minister, Graf Eulenb., Maybach und Hofrecht, in das Staatsministerium wird bei einer in den nächsten Tagen anzuberaumenden Staatsministerialisierung stattfinden. — Das am 1. April zu einer außerordentlichen Sitzung berufene Landesökonomie-Collegium hat den von der Specialcommission entworfenen Reorganisationsplan angenommen, der im Wesentlichen dahin geht, die 62 Mitglieder des bisherigen Collegiums auf 28 zu reduciren und eine feste Verbindung mit dem deutschen Landwirtschaftsrath herzustellen. — Der Auftrag zur Anfertigung von geneigten Vorarbeiten für Secundärbahnen ist der Direction der Ostbahn für Eisenbahnen milderer Ordnung von Graubenz nach Sulm, von Graubenz nach Marienwerder, von Marienwerder nach Marienburg und von Galdenboden nach Morungen erteilt worden. — Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 28. Febr. ist durch Allerh. Erlaß bestimmt, daß der pfälzischen Ludwigsbahn-Gesellschaft für die Herstellung der bereits unter dem 13. März 1874 concessionirten Eisenbahn von Weilersweiler nach der Grube König bis zum 1. Januar 1882 Frist erteilt werde. — Durch eine kürzlich ergangene Verfügung des Cultusministers wird erklärt, daß die bestehenden und bei der zu erwägenden Frage in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen klar erkennen lassen, daß dem Regierungspräsidenten lediglich die Ausübung der Staatshoheitsrechte gegenüber dem Privatpatronat übertragen ist, während die Verwaltung des landesherrlichen Patronats den Regierungen verbleibt. Eine Cumulation beider Functionen in der Hand des Regierungspräsidenten ist dadurch ausgeschlossen, daß dem letzteren nach dem Gesetz von 1874 die Entscheidung bei gewissen Streitigkeiten zwischen den Gemeinde-Organen und dem Patronat zusteht. — Am 1. Mai wird zu Augsburgsburg das neu errichtete fgl. Lehrerinnen-Seminar eröffnet werden. — Von der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, welches von dem preussischen Handelsministerium herausgegeben wird, ist soeben der 25. Band erschienen, der bemerkenswerthe Mittheilungen über die Bergwerks-Industrie und Bergwerks-Verwaltungen Preussens im Jahre 1876 enthält.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 2. April. [Geeichte Biergläser. — Militärvereinsbund. — Bettelei. —

Warnung vor Auswanderung nach Manitoba.] Gestern war der fünfundschwanzigste Jahrestag der obligatorischen Einführung geeichter Biergläser in Dresden. Die Maßregel, welche vor einem Vierteljahrhundert als eine unerträgliche Beschränkung der Wirthe ausgeführt wurde, welche deren Ruin herbeiführen könne, hat sich in der langen Reihe von Jahren vorzüglich bewährt. Die Dresdener Restaurateure sind durch den Zwang, ihren Gästen das Bier in amtlich geeichenen Gefäßen vorzusetzen, nicht ruinirt und das Publikum ist bewahrt geblieben vor jenen Scheingefäßen, die mehr Glas als Inhalt gewähren. Die Verantwortlichkeit der Dresdener Restaurationen sollte eine Mahnung mehr für die Reichsregierung sein, den Vertheil des obligatorischen Gebrauchs geeichter Biergläser den übrigen Deutschen nicht länger vorzuenthalten. — Während bisher die sächsischen Militärvereine trotz des ihnen von oben her gegebenen Beispiels sich nicht entschließen konnten, ihrer particularistischen Richtung zu entsagen und Fühlung mit den ähnlichen Vereinen im Reich zu suchen, ist neuerdings Seitens des Chemnitzer Bezirksvorstandes von Sachsen Militärvereinsbund ein Bruch mit der Vergangenheit vollzogen, indem er die von deutschen Kriegervereins-Vorständen angeregten Sammlungen für das auf dem Niederwalde zu errichtende Nationaldenkmal förmlich in die Hand genommen und einen Aufruf an die Militär- und Kriegervereine, sowie alle Militärs und Civilpersonen erlassen hat, in dem er sich zur Annahme von Gaben bereit erklärt. Als der erste Schritt in dieser Richtung verdient der Aufruf einige Beachtung. — Am dem Ueberbarnen der Bettelei wenigstens einigermaßen entgegenzuwirken, ist in mehreren kleinen Städten und größeren Industrie-Dörfern die Einrichtung getroffen, daß umherziehende Bettler ein Almosen auf der Stadtpolizei-Expedition empfangen. In welchem Umfange die öffentliche Mithätigkeit in Anspruch genommen wird, ergibt sich aus der Thatfache, daß in den beiden ersten Monaten dieses Jahres über 800 arbeitslose Handwerksburschen in Camenz die städtische Unterstützung ausgefaßt erhalten haben! — Die Mittheilung, daß eine Anzahl von etwa 400 Familien aus der sächsischen Oberlausitz im Begriff stehe, nach der englischen Colonie Manitoba auszuwandern, hat einen alten kausiger Volksmann, den 1849 ausgewanderten Arzt Dr. Pöpsel in Newyork veranlaßt, vor diesem sehr abgesehen Unternehmen zu warnen. Die weite Entfernung von allen Landungsplätzen, das rauhe Klima, die Indianerbevölkerung und die Schwierigkeit, Getreide und Vieh zu Markt zu bringen, sind Gründe genug gegen die Auswanderung nach Manitoba. Wer durchaus nach

Canada wolle, der finde im Osten Land genug, was ihm die Regierung schenke, wer aber ohne übermäßige Mühe und Entbehrung eine sichere Zukunft anstrebe, der solle nach Nordtexas, Kansas, Nebraska, Missouri gehen und an Eisenbahnen gutes Bienenland erwerben.

Dsmantisches Reich.

B.F. Bukarest, 31. März. (Von unserem Specialcorrespondenten.)

[Die Lage der Türkei.] Bei der Pforte steht in diesem Moment die Entscheidung, welchem der beiden Gegner die Bundesgenossenschaft der Türkei und mit ihr die schließliche sympathische Unterstützung der gesamten mohamedanischen Welt zufallen soll. Es ist eine sehr schwierige Wahl, vor welche der Sultan, in seiner Eigenschaft als Herrscher wie als Erbe der Pflichten der Chalifen gestellt ist, — und wie Du wählst, und was Du wählst: es geht um Tod und Leben! — diese Mahnworte, welche vor Jahresfrist an Oesterreich gerichtet wurden, passen ungleich besser noch auf die Lage der Türkei und auf die Wahl, welche in allerhöchster Zeit am goldenen Horn getroffen werden muß. Wie der Befehlstand von Konstantinopel unmittelbar auf die ganze momentane wie zukünftige Situation des Orients einwirkt, spiegelt sich darin deutlich ab, wie der Kernpunkt aller Diskussionen, in der Presse wie anderswo, die Frage bildet, welcher der beiden sich am Bosphorus gegenüberstehenden großen Nationen wird es gelingen, die Hauptstadt der Türkei zu besetzen. Die Freundschaft der hohen Pforte ist, vor Allem bei einem länger andauernden Kriege, von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang des Kampfes. Beide Theile wissen, daß mit der Bundesgenossenschaft des Sultans nicht nur die moralische Unterstützung, sondern auch die Heeresfolge der gesamten mohamedanischen Welt erworben wird. Diese Sachlage ist für die türkische Herrschaft am Bosphorus insofern günstig, als jeder der beiden Partner es gewiß bis zum äußersten Moment vermeiden wird, durch ein brüskes Vorgehen mit der eigenmächtigen Occupation von Stambul die Entscheidung des Sultans in feindlichem Sinne zu beeinflussen. Als unzweifelhaft kann es wohl vorausgesetzt werden, daß der Kaiser der Osmanen sich rücksichtslos gegen denjenigen erklären würde, der ohne seine Genehmigung mit bewaffneter Hand seine Hauptstadt betritt. Für Rußland ist jedenfalls die größere Möglichkeit hierzu vorhanden, da die russischen Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der Stadt stehen. Andererseits ist in diesem Falle, d. h. wenn die Russen sich ohne Einwilligung des Padiſchah in den Besitz der Stadt setzen, ein bewaffneter Widerstand der muslimanischen Truppen und Bevölkerung zu erwarten, der an der englischen Flotte einen kräftigen Rückhalt finden würde. Geht dagegen die türkische Regierung ihre Einwilligung zum Einrücken der Russen, so könnte wohl von der britischen Flotte vor Allem, um sich an dem Verbündeten der Russen zu rächen der Versuch gemacht werden, Stambul zu bombardiren, was in seiner Wirkung gleichbedeutend mit einer Einkreisung der Stadt wäre. Durch die Rücksicht auf die eigenen mohamedanischen Unterthanen in Indien könnte allerdings England sich veranlaßt fühlen, von einem derartigen Vorgehen abzustehen. Die Möglichkeit eines solchen Verfahrens seitens der Briten wird nun von der türkischen Diplomatie dem Wunsche der Russen zur Besetzung der Stadt entgegengehalten. Schließlich entwickelt sich die türkische Armee mit jeder Woche, die ins Land geht, immer mehr zu einem Factor, mit dem beiderseitig gerechnet werden muß. So stehen die Dinge an dem wichtigsten Punkte im Orient und nach der ganzen Sachlage will es scheinen, als ob dieselbe der Bedeutung der hohen Pforte selten günstig sei. Jede Entscheidung des Padiſchah muß von einschneidender Wirkung sein. Aber für das Heil von Konstantinopel selbst kann man wohl das eigenthümliche Verhältniß, in dem die maßgebenden Factoren am Bosphorus zu einander stehen, als ein ebenfalls verhältnißmäßig sehr günstiges betrachten. Die Stellung, in der sich England und Rußland gerade dort zu einander wie zur Türkei befinden, webt gewissermaßen einen schützenden Schleier um das Object des Streites, so zwar, daß die Annahme an Wahrscheinlichkeit gewinnt, es werde dem Padiſchah wenigstens in der ersten Phase des ausbrechenden Krieges gelingen, Herr im eigenen Hause zu bleiben. Zeigt sich die hohe Pforte dem russischen Bündniß geneigt, so werden die Russen nach der in Rumänien gebrauchten praktischen Manier des „Truppen-Durchzugs“ sich auch in der weiten türkischen Hauptstadt festsetzen. Ob es auch nur für einen kurzen Zeitabschnitt des Krieges der Pforte gelingen kann, die zunächst noch immer angestrebte Neutralität auch für sein kleinasiatisches Territorium aufrecht zu erhalten, ist von vornherein zu bezweifeln, ja, es ist nicht einmal anzunehmen, daß einer der beiden Gegner zögern könnte, noch bevor der andere die türkische Neutralität in Asien verlegt hat, mit dem Betreten der anatolischen Küste vorzugehen. Englische Landungs-Truppen werden, gestützt auf Mytiline, sich der asiatischen Seite der Meerengen zu vergewissern versuchen. Gallipoli selbst wird den Russen kaum mehr streitig gemacht werden können. In jenen Gegenden wird der Krieg sich bald zu einem Kampf um Positionen crystallisiren, in denen Schaufel und Hacke und schweres Geschütz die entscheidende Rolle spielen werden. Der Punkt aber, wo England zu Lande von russischen Truppen angegriffen werden kann, und zwar in vieler Hinsicht leichter als in Indien, das ist am Suez-canal. Wohl möglich, daß die altberühmte Route, auf der Alexander der Große durch Syrien gegen Egypten vordrang und die nach ihm wohl ein Duzend Heere der verschiedensten Nationen gezogen sind, dieselbe Route, welche vor 45 Jahren der Egyptianer Mehemet Ali in der umgekehrten Richtung von Süden nach Norden verfolgte, auch in der Jetztzeit von den modernen Heeren des Orients betreten wird, um England dort zu treffen, wo es Napoleon I. angegriffen hatte.

Provincial-Beitung.

H. Breslau, 1. April. [Breslauer Grundbesitzer-Verein.] In der Versammlung vom 30. März entspann sich nach einer geschäftlichen Mittheilung seitens des Vorsitzenden, Director B. Wilsch, eine sehr umfangreiche Discussion über das An- und Abmelde-Verfahren, welche sich wesentlich um die Beschwerde drehte, daß der Wirth zur Abmeldung auch derjenigen Untermieter oder anderer zu dem Miether im Laufe der Miethszeit zugezogenen Personen verpflichtet sei, welche ihm bei der Anmeldung resp. beim Einzug nicht bekannt waren. Die Versammlung beschloß, eine dahingehende Petition an das Polizei-Präsidium abzugeben, daß der Wirth von dieser Verpflichtung befreit werde. Es wurde ferner beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die An- und Abmeldepflicht des Wirths bezüglich der Miether auf das Familienhaupt der letzteren zu beschränken und die Pflicht der An- und Abmeldung der einzelnen Familienglieder und Hausgenossen des Miethers letzterem direct aufzuerlegen. Außerdem soll an das Polizei-Präsidium die Anfrage gerichtet werden, ob mit Rücksicht auf den bedeutenden Verwaltungsapparat die Einrichtung des Einwohner-Meldeamts sich überhaupt als empfehlenswerth bezeichnen lasse. — Wegen der in der letzten Sitzung angeregten Frage einer Abänderung des § 2 des Gesetzes über den Grunderwerb der Art, daß die Auflösung eines Grundstücks erst nach gerichtlicher Immobilienstempel erfolgen soll, ist seitens des Vorstandes ein eingehendes Nachforschungs-Comité des Justizraths Löwe eingeleitet worden. Dasselbe geht im Wesentlichen dahin, daß ein solcher Antrag wohl gestellt werden könne, daß eine Abänderung jedoch nur im Wege der Gesetzgebung möglich sei; daß man ferner darauf bedacht zu sein habe, bei Einführung der neuen Civilprozeß-Ordnung ein schnelleres Verfahren bei der Administration und Substitution und einen beschleunigten Prozeß derselben anzustreben. Nach längerer Discussion wurde beschlossen, eine gliebrige Commission zu wählen, welche in Gemeinschaft mit dem Vorstände diese Frage weiter vorzubereiten

habe. Schließlich wurde noch in eine längere Debatte über einzelne Bestimmungen der Polizeiverordnung, betr. das Abholen des Gemüls, eingetreten. Es wurde betont, daß in den Bestimmungen darüber eine gewisse Unklarheit obwalte, ob der Kärner verpflichtet sei, die Gemülskörbe im Hofe des Grundstücks abzuholen, oder ob die Körbe zur Abholung auf die Straße gestellt werden müßten. Es wurde vorgeschlagen, dahin zu wirken, daß die Gemülskörbe praktischer, d. h. niedriger eingerichtet würden, daß sie ferner mit 2 Rädern zu bespannen und mit 2 Leuten zur Bedienung auszurüsten seien, letzteres damit die Kärner unter allen Umständen allein und ohne Beihilfe der Hausknechte im Stande seien, die Wegschaffung der Gemülskörbe zu besorgen. Von bestimmten Anträgen wurde Abstand genommen, die ganze Angelegenheit vielmehr in Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt.

— d. Breslau, 3. April. [Breslauer Bienenzüchter-Verein.] In der letzten Monats-Versammlung unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Lieke sprach Hauptlehrer Dürr über „naturgemäße Behandlung der Bienenstöcke.“ Redner macht auf die Gefahren aufmerksam, welche durch die vielfachen Neuerungen und Künsteleien oft mit großer Sorglosigkeit an den Bienenstöcken vorgenommen werden und rath, dieselben mehr ihrem Naturtrieb zu überlassen, wenn der Züchter sich und seinen Bienen nicht schaden will. Hauptsächlich will Redner den stark ausgeprägten Bau- und Vermehrungstrieb nicht beschränkt wissen, ebenso erklärt er sich gegen die sogenannte diamantene Regel, das Einsperren der Königin während der Haupttracht betreffend, mit Entschiedenheit. An diesen lehrreichen, von dem Anwesenden mit vielem Interesse aufgenommenen Vortrag schloß sich ein lebhafter Meinungsaustrausch. — Ein Antrag, welcher wünscht, daß beim Grünbonnerstag-Donnigmarkt die Händler von den Bienenzüchtern getrennt aufgestellt würden und letztere sich durch ihre Vereins-Mitgliedskarte oder durch einen anderen Ausweis dem tausenden Publikum gegenüber legitimiren sollen, wird einer Commission überwiesen, welche bei der nächsten Versammlung Vorschläge machen wird, wie dies zu ermöglichen sei und wie überhaupt dem Unwesen der Händler mit verfälschter Waare geteurt werden könne. — Die erste diesjährige Excursion des Vereins findet Sonntag, den 28. April, Nachm. 3 Uhr, auf die Bienenstände der Mitglieder in Kleinschönau, die nächste Versammlung Montag, den 6. Mai, statt. — Nachdem Hrn. Kaufmann Hufstein (Schubbrücke Nr. 54) der Verkauf des von dem Vereins-Mitgliedern geernteten Honigs übertragen worden ist, beabsichtigt der Verein, keine Honigauctionen mehr zu veranstalten. Zum Schluß wurden geschäftliche Mittheilungen erlegt.

R. Riegnitz, 2. April. [Communaless.] In dieser Stadt genießt der jedesmalige Pfingstschützenkönig für das betreffende Jahr Communalsteuer-Befreigung, zu welchem Zwecke im Stadthauspalast-Stat zur Deutung des dadurch entstehenden Ausfalls 30 M. jährlich angelegt sind. Da nun der letzte Pfingstschützenkönig 108 M. Communalsteuer zahlte, so kam wegen des überetatsmäßigen Ausfalls von 78 M. die Angelegenheit in der letzten Stadtverordneten-Versammlung zur öffentlichen Verhandlung, in welcher von verschiedenen Seiten auf Befreiung dieser derarteten, mit den jetzigen Zeitverhältnissen und der gegenwärtigen Gesetzgebung in Widerspruch stehenden Befreiung angetragen wurde. Oberbürgermeister Dertel gab die Erklärung ab, daß die gedachte Steuerbefreiung sich allerdings nicht auf ein Geſetz gründe, die Städteordnung vielmehr jede persönliche Befreiung von Communalsteuern aufgehoben habe; die Schützengesellschaft gründe ihr Recht vielmehr auf Urkunden der Riegnitzer Herzöge und sei in Rücksicht darauf im Jahre 1862 durch Gemeindefeſchluß die unumschränkte Communalsteuer-Befreiung für den jedesmaligen Pfingstschützenkönig beschloßen worden. Auf Grund dieses Beschlusses sprach sich der Redner für Bewilligung der vollen Communalsteuerbefreiung resp. Uebernahme des überetatsmäßigen Ausfalls von 78 M. aus, welchem Antrage auch entsprochen wurde.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Stuttgart, 3. April. Der italienische Botschafter in Berlin, Launay, ist hier eingetroffen und überreichte dem Könige die Angelegenheit von der Thronbesteigung König Humberts und sein neues Beglaubigungsschreiben.

Wien, 3. April. Die „Presse“ meldet: Die „Standard“-Nachricht, daß Rußland von der Pforte die Uebergabe von Sulais, Gallipoli und den Forts am oberen Bosphorus forderte, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen als unbegründet bezeichnet. Auf das Ansuchen der serbischen Regierung intervenirte Andraſſy bei der Pforte wegen schlechter Behandlung der serbischen Gefangenen in Saloniki. Die Pforte hat sich sofort zur Auslieferung derselben bereit erklärt. In Smyrna trafen Functionäre des englischen Kriegsamts ein, welche Vor-sorge für die Verpflegung der englischen Armee treffen.

Rom, 3. April. Kammerführung. Das Ministerium legte der Kammer das Project zur Bildung einer Commission behufs Untersuchung der finanziellen Verhältnisse der Gemeinde Florenz vor. Es folgt die Debatte über den französischen Handelsvertrag. Nachdem der Finanzminister gesprochen und mehrere Tagesordnungen entwickelt worden waren, wird der Handelsvertrag mit 212 gegen 19 Stimmen angenommen.

Versailles, 3. April. Sitzung der Deputirtenkammer. Der Deputirte Engle (Bonapartist) interpellirte die Regierung über die Absetzung des Generalabvokaten am Cassationshof, Gobelle, welcher sich als Candidat für die Deputirtenkammer in dem Wahlkreise Verboins hatte aufstellen lassen. Der Justizminister Dufaure antwortete, er habe sich bei seinem Verfahren von der Absicht, das öffentliche Interesse wahrzunehmen, leiten lassen. Die Regierung könne einen Beamten, der sie angreife, nicht in seinen Functionen belassen.

London, 3. April. Granville und Hartington empfangen eine Deputation von 120 Mitgliedern der liberalen Associationen, welche beabsichtigten Protest zu erheben gegen die Einberufung der Reserve als einen Schritt, welcher bezwecke, das Land in einen Krieg zu stürzen. Der Führer der Deputation, Bright, hob die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens der Führer und Mitglieder der liberalen Partei hervor. Granville erwiderte, besprach das Circular Salisbury's und erklärte sich mit mehreren Grundsätzen darin einverstanden. Er bedauerte, daß die Depesche die Grenzen der britischen Interessen erweitere und die Möglichkeit des Zustandekommens des Congresses vermindere. Man dürfe nicht annehmen, daß die Opposition im Stande sei, den Krieg zu verhindern, wenn die Regierung entschlossen ist, eine kriegerische Politik einzuschlagen. Er selbst und Hartington werden ihr Möglichstes thun, dem Kriege vorzubeugen. Hartington erwiderte, er habe befriedigt die freimüthigen Worte Salisbury's in der Depesche vernommen und hoffe, es werde möglich sein, ein befriedigendes Abkommen zu treffen. England könne durch den Conflict Nichts gewinnen; es sei Pflicht der Opposition, jeder unüberlegten Handlung der Regierung, welche eine unmittelbare Collision zur Folge haben könnte, entgegen zu treten.

Petersburg, 3. April. Die „Agence Russe“ bespricht die Circulardepesche des Marquis von Salisbury, deren voller Text ihr noch nicht vorliegt, und sagt, wenn es der Zweck dieser Depesche sei, den Congress abzulehnen, so sei dieser Zweck erreicht. Wenn es aber ihr Zweck sei, eine schriftliche Erörterung von Cabinet zu Cabinet zu eröffnen, so würde eine solche außerordentlich lange dauern, da die Depesche wohl Kritiken enthalte, aber keine Vorschläge.

Petersburg, 3. April. Der General Ignatieff wurde von dem Kaiser in Audienz empfangen und hatte darauf mit dem Fürsten Gortschakoff eine Conferenz.

Konstantinopel, 3. April. Der Kriegsminister staltete gestern dem Großfürsten Nicolaus vor dessen Abreise nach San Stefano einen Besuch ab. Großfürst Nicolaus wird morgen hier wieder erwartet. Das kaiserliche Escorte bildende Detachement russischer Truppen schiffte sich morgen in Stefano nach Rußland ein.

Newyork, 2. April. Der Dampfer „Italo“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.